

Das geplante Freihandelsabkommen EU-Moldau: Ein wichtiger Schritt

Die Europäische Union und die Republik Moldau werden in einigen Monaten Verhandlungen über ein tief gehendes und umfassendes Freihandelsabkommen (DCFTA) aufnehmen. Dabei geht es zunächst darum, die noch verbliebenen Zölle beider Seiten im bilateralen Warenhandel abzuschaffen. Darüber hinaus kann Moldau durch die verbindliche Übernahme von ausgewählten Regelungen des EU-Binnenmarktes wichtige Voraussetzungen für einen EU-Beitritt in mittlerer Frist schaffen. Ein künftiges Freihandelsabkommen sollte – wie schon die bisherigen EU-Handelsvergünstigungen für Moldau – auch für die Exporte transnistrischer Unternehmen in die EU gelten, um eine stärkere Bindung Transnistriens an Moldau und die EU zu ermöglichen.

Das DCFTA als strategische Entscheidung

Das bestehende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Moldau soll durch ein Assoziierungsabkommen abgelöst werden, das die moldauische Rechtsordnung weiter an EU-Standards annähert und Moldau so in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht noch stärker an die EU bindet. Im Rahmen des Assoziierungsabkommens soll ein tief gehendes und umfassendes Freihandelsabkommen („Deep and Comprehensive Free Trade Agreement“/ DCFTA) insbesondere technische Vorschriften und sanitäre und phyto-sanitäre Standards im Bereich der Landwirtschaft angleichen und damit den bilateralen Handel erleichtern. Während andere Teile des Assoziierungsabkommens eher politische Absichtserklärungen beinhalten, werden die Vorschriften des Freihandelsabkommens unmittelbar geltendes Recht, auf das Unternehmen und Konsumenten sich gegenüber nationalen Behörden berufen und das sie mit Hilfe eines bilateralen Streitlichtungsmechanismus durchsetzen können.

Wie weit die Rechtsangleichung im Rahmen des Freihandelsabkommens gehen wird, ist Verhandlungssache. Wenn allerdings Moldau eine EU-Mitgliedschaft in mittlerer Frist anstrebt, dann bietet sich jetzt die Gelegenheit, in einem rechtlich verbindlichen Rahmen inhaltlich komplexe und gelegentlich politisch heikle Schritte zur Integration in den europäischen Binnenmarkt zu tun. Eine EU-Mitgliedschaft setzt die vollständige Umsetzung des Acquis communautaire voraus. Moldau wird diesen aufwändigen Prozess nur dann mittelfristig abschließen können, wenn es bald entschlossen damit beginnt. Im Folgenden werden drei Aspekte des DCFTA ausführlich betrachtet.

Aspekt 1: Zölle und Warenhandel (FTA)

Die Umsetzung der WTO-Vorgaben für Freihandelsabkommen – die Befreiung des bilateralen Handels von Zöllen und ähnlichen Handelsschranken – wird relativ wenig Mühe machen. Allerdings bleiben auch die damit verbundenen Einkommensgewinne bescheiden; eine optimistische Schätzung nennt 1% des moldauischen BIP. Die EU hat durch ihre autonomen Handelspräferenzen für Moldau bereits die meisten Einfuhren aus Moldau von Zöllen befreit. Für einige wenige landwirtschaftliche Produkte bestehen reduzierte Zölle; bei anderen wichtigen moldauischen Exportgütern (u.a. Weizen und Wein) sind nur die Lieferungen im Rahmen einer Quote zollbefreit. Da aber diese Quoten in den letzten Jahren laufend erhöht wurden, beschränken sie die moldauischen Exporte mittlerweile kaum noch.

Die moldauischen Importe aus der EU machen über 40% der Gesamtimporte aus und unterliegen bisher dem normalen Zolltarif. Der Zollsatz liegt durchschnittlich bei nur 4,4%; allerdings weisen sensible Produkte wie Fleisch und Molkereierzeugnisse deutlich höhere Sätze (teilweise über 20%) auf. Außerdem wird Moldau durch die Zollbefreiung von Einfuhren aus der EU Staatseinnahmen in Höhe von ca. 1% des Bruttoinlandsproduktes verlieren (gut 5% der Steuereinnahmen ohne Sozialabgaben). Übergangsfristen und ein schrittweiser Zollabbau können die Strukturanpassung in bislang besonders geschützten Wirtschaftsbereichen erleichtern und helfen, alternative Steuerquellen zu erschließen.

Aspekt 2: „Deep and Comprehensive“ FTA

Größere Einkommensgewinne lassen sich durch den Abbau „unkonventioneller“ Handelsbarrieren erzielen. Dazu zählen insbesondere unterschiedliche technische Vorschriften und sanitäre und phyto-sanitäre Standards sowie Beschränkungen für den Dienstleistungshandel. Mit technischer Hilfe der EU wurden bereits zahlreiche detaillierte Studien zur Rechtsangleichung in einzelnen Politikfeldern erstellt. Ehrgeizige Reformen in Kernbereichen würden die Integration Moldaus in den europäischen Binnenmarkt wesentlich voranbringen; an dieser Stelle können nur einzelne Punkte hervorgehoben werden.

Im Bereich technischer Vorschriften hat Moldau bereits einige EU-Produktstandards übernommen. Für zahlreiche Erzeugnisse bestehen aber weiterhin verpflichtende Standards aus sowjetischer Zeit bzw. entsprechende Nachfolgeregelungen; viele Vorschriften für die Zertifizierung und Zulassung von Produkten sind wenig transparent. Eine umfassende Aner-

kennung von EU-Standards und EU-Prüfzeugnissen würde Exporte und Importe erleichtern.

Eine rasche Umsetzung aller sanitären Standards der EU in Moldau wäre unangemessen teuer. Reformen sollten sich daher kurzfristig auf solche Standards konzentrieren, deren Implementierung Voraussetzung für den Export tierischer Produkte in die EU ist. Dabei wird es regelmäßig um ein Paket von Maßnahmen gehen, das die Einführung der Standards selbst, die Schaffung von ausreichend ausgestatteten Testlabors sowie Institutionen zur Überwachung der Betriebe und Sanktionierung von Verstößen beinhaltet. Moldau hat traditionell Fleisch und Molkereierzeugnisse in viele Länder exportiert, erfüllt aber bisher nicht die technischen Voraussetzungen für den Export in die EU; daher würden Fortschritte auf diesem Gebiet zu einer wünschenswerten Diversifizierung der Agrarexporte in die EU beitragen.

Eine Übernahme der EU-Regeln für staatliche Beihilfen würde die Transparenz der staatlichen Haushaltspolitik in Moldau sowie die Position der Regierung gegenüber wirtschaftlichen Einzelinteressen stärken. Direkte Subventionen an Unternehmen sind in Moldau wegen knapper öffentlicher Kassen bisher eher niedrig; daher wären die praktischen Auswirkungen eines solchen Schritts vermutlich geringer als der symbolische Effekt der Selbstverpflichtung der Regierung im Blick auf ihr künftiges Handeln.

Aspekt 3: Transnistrien

Unternehmen in Transnistrien profitieren bereits jetzt von der Zollbefreiung für moldauische Exporte in die EU. Im Gegenzug akzeptieren die transnistrischen Behörden Kontrollen durch moldauische Zollbeamte (wenn auch nur in Zivil) in den betroffenen Unternehmen für die Ausstellung moldauischer Warenumsprungszeugnisse. Offensichtlich können manche heikle Statusfragen zwischen Transnistrien und der moldauischen Regierung pragmatisch gelöst werden, wenn wirtschaftliche Interessen dies nahe legen.

Vollständig in ein Freihandelsabkommen mit der EU einbezogen werden könnte Transnistrien nur dann, wenn die transnistrischen Behörden an den entsprechenden Verhandlungen teilnehmen würden. Dies wäre aber mit dem völkerrechtlichen Status Transnistriens nicht vereinbar. Daher wird es darauf ankommen, dass das Interesse transnistrischer Unternehmen an engen Handelsbeziehungen mit der EU bei den Verhandlungen berücksichtigt wird. Dadurch wird mittelbar auch die Position der moldauischen Regierung gegenüber diesen Unternehmen gestärkt.

Das künftige Freihandelsabkommen wird in Transnistrien vermutlich zunächst nicht zur Gänze angewendet werden; mit den administrativen Problemen, die daraus folgen können, ist die EU angesichts der Situation in Nord-Zypern durchaus vertraut.

Das Freihandelsabkommen bietet durch die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen moldauischen und transnistrischen Verantwortlichen somit auch eine günstige Möglichkeit für eine wünschenswerte Entspannung im Transnistrien-Konflikt.

Fazit

Die moldauische Regierung sollte die anstehenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU dafür nutzen, einen verbindlichen Zeitplan für weitere ehrgeizige wirtschaftliche und institutionelle Reformen und eine engere Wirtschaftsintegration mit der EU zu setzen. Nur mit raschen, nachhaltigen Fortschritten bei der Angleichung an EU-Recht kann Moldau auf mittlere Sicht die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt erfüllen.

Hinweis: Für eine ausführliche Analyse der Thematik sei verwiesen auf das Policy Paper "Options for a Deep and Comprehensive Free Trade Agreement between Moldova and the EU" (PP/02/2011) auf der Homepage von GET Moldau.

Autor

Dr. Matthias Lücke
matthias.luecke@ifw-kiel.de

German Economic Team Moldau (GET Moldau)

Das German Economic Team Moldau (GET Moldau) führt seit 2010 einen wirtschaftspolitischen Dialog mit Entscheidungsträgern der moldauischen Regierung. Es wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

Impressum

German Economic Team Moldau
c/o Berlin Economics
Schillerstraße 59
D-10627 Berlin
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@get-moldau.de
www.get-moldau.de